

**Niederschrift über die 28. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen
und Bauen des Rates
der Stadt Coesfeld am 12.06.2002, 16:00 Uhr,
Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8**

Anwesenheitsverzeichnis:

Vorsitzender	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
Frieling, Norbert	X		

Stimmberechtigte Mitglieder	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
Freckmann, Christian	X		
Gerdemann, Marita	X		
Güldenhöven, Erwin	X		
Klöpper, Hendrik	X		
Leimkühler-Bauland, Hannelore	X		
Ottmann, Burckhard	X		
Quiel, Michael	X		
Senger, Dietmar	X		
Sühling, Heinrich	X		
Grützner, Ursula	X		
Kleer, Detlef	X		
Schoneck, Jürgen	X		
Stallmeyer, Thomas	X		
Skornitzke, Wolfgang	X		

Von der Verwaltung	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
1. Beigeordneter Backes	X		
Herr Peschkes	X		
Herr Dickmanns	X		
Herr Richter / RPA	X		
Herr Zeisberg	X		

Frau Schwering als Schriftführerin.

Herr Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 17:20 Uhr.

A) Öffentliche Sitzung

1.	Bestellung des Schriftführers Vorlage 141/2002
2.	Bericht der Verwaltung Vorlage 142/2002
3.	Abfallsammlung und -beförderung in der Stadt Coesfeld Gemeinsame Ausschreibung durch die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, Errichtung eines Wertstoffhofes, flächendeckende Einführung der Papiertonne, weitere Strukturveränderungen Vorlage 139/2002
4.	Weitere Verwendung des Pulverturms und der benachbarten Freifläche Vorlage 136/2002
5.	Nutzung des ULF-Parks an der Bernhard-von-Galen-Straße Vorlage 145/2002

B) Nichtöffentliche Sitzung

1.	Bericht der Verwaltung Vorlage 143/2002
2.	Städtebaulicher Vertrag zur Regelung von Stellplatzfragen im künftigen Sanierungsgebiet an der Dülmener Straße Vorlage 144/2002

Erledigung der Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

Punkt 1 der Tagesordnung

Bestellung des Schriftführers

Vorl. 141/2002

UPB

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt, Frau Schwering als Schriftführerin zu bestellen.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Verwaltung

Vorl. 142/2002

UPB

Herr Backes gibt einen Zwischenbericht in der Angelegenheit "100 Bahnhöfe". In dieser Woche habe noch einmal ein Gespräch mit den wesentlichen Beteiligten stattgefunden, in dem die DB/ Station + Service einen Katalog der notwendigen verkehrstechnischen Belange vorgelegt habe. Diese Vorgaben der DB wichen von den bisherigen Planungsvorgaben ab. Es müssten nun die verschiedenen Kostenträger ermittelt und klare Schnittstellen definiert werden. Er gehe davon aus, dass dies bis Ende August erfolgt sei. Anschließend werde erneut berichtet.

Herr Peschkes teilt mit, dass das Polizeigebäude um die Einrichtung einer Leitstelle erweitert werden solle. Derzeit werde der Bauantrag durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW erstellt. Genehmigungsbehörde sei die Bezirksregierung Münster, die Stadt Coesfeld werde gehört. Es sei vorgesehen, die Planung in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Weiterhin teilt Herr Peschkes mit, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung der beschlossenen Tempo-30-Zonen im Bereich Vogelsang/Gerlever Weg zurzeit noch geprüft werde, für den Forellenweg einen verkehrsberuhigten Bereich einzurichten. Dies stehe im Zusammenhang mit der Mischfläche und den vorhandenen Baumscheiben.

Des Weiteren beantwortet Herr Peschkes die Anfrage des Ausschussmitgliedes Skornitzke aus der letzten Sitzung.

Bei der Einmündung K 58/B 474 handele es sich zurzeit nicht um eine Unfallhäufungsstelle.

Herr Dickmanns berichtet, dass im Zuge der Erweiterung der Freiherr-vom-Stein-Schule vorgesehen sei, die Warmwasser-Versorgung des neuen Küchenbereiches mit Solarkollektoren vorzunehmen. Die Kosten von 8.500 € würden mit 2.400 € bezuschusst.

Abstimmungsergebnis zur Kenntnis genommen

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorl. 139/2002

Rat

Abfallsammlung und -beförderung in der Stadt Coesfeld

Gemeinsame Ausschreibung durch die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, Errichtung eines Wertstoffhofes, flächendeckende Einführung der Papiertonne, weitere Strukturveränderungen

In der Diskussion sprechen sich die Fraktionen für die Änderung der Abfallentsorgung in der vorgeschlagenen Form aus. Herr Güldenhöven regt für die CDU-Fraktion an, § 6 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung um den Ausschluss einer gesamtschuldnerischen Haftung zu ergänzen. Bei der Einrichtung eines Wertstoffhofes sollte mit den Gemeinden Billerbeck und Rosendahl kooperiert werden. Er sollte im Bereich der derzeitigen Deponie Höven angesiedelt werden, da notwendige Gebäude dort bereits vorhanden seien. Zur Einstellung der Sperrgut- und Teppichabfuhr schlägt die CDU-Fraktion vor, für Bedürftige Hilfen anzubieten. In diesem Zusammenhang könnten auch die Hilfsorganisationen angesprochen werden, als Ersatz für die Einstellung der Unterstützung der Papiersammlungen der karitativen Verbände tätig zu werden.

Herr Stallmeyer erklärt, dass die SPD-Fraktion im Hinblick auf die Einstellung der Unterstützung der Sammlungen durch die karitativen Verbände bislang keine Entscheidung habe treffen können. Man werde sich daher heute bei der Abstimmung der Beschlussvorschläge 7 und 8 der Stimme enthalten.

Auch Herr Skornitzke ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Auffassung, dass im Hinblick auf die Sammlungen durch die karitativen Organisationen eine Lösung gefunden werden müsse. Weiterhin sieht er Probleme in Bezug auf die Einstellung der Sperrgutabfuhr.

Beschluss (1):

Die Verwaltung wird beauftragt, den derzeit bestehenden Vertrag über das Sammeln und Befördern von Abfällen (Müllabfuhrvertrag) mit der Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG mit Ablauf des 31.12.2003 zu kündigen.

Beschluss (2):

Die Stadt Coesfeld nimmt an einer gemeinsamen europaweiten Ausschreibung aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden bzw. einzelner Städte und Gemeinden im Kreisgebiet über die Abfallsammlung und -beförderung teil. Der Vertrag soll wirksam zum 01.01.2004 abgeschlossen werden. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Beschlusses ist, dass das noch ausstehende abfallwirtschaftliche Gutachten zu der Prognose gelangt, dass eine Aufgabenerfüllung in eigener Regie nicht kostengünstiger ist.

Beschluss (3):

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der beigefügten Eckpunkte (**Anlage 1**) eine auf diesen Zweck gerichtete öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zu erarbeiten und abzuschließen. In dieser Vereinbarung sollen die einzelnen Rechte und Pflichten der beteiligten Städte und Gemeinden geregelt werden. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Beschlusses ist, dass die Kommunalaufsicht dem Organisationsmodell zustimmt.

Beschluss (4):

Als Beiratsvertreter der Stadt Coesfeld werden 2 Mitarbeiter der Verwaltung entsandt.

Beschluss (5):

Wenn die Voraussetzungen für Beschlussvorschlag (2) nicht vorliegen sollten, werden die Leistungen der Abfallsammlung und -beförderung in eigener Regie europaweit ausgeschrieben (Laufzeitbeginn: 01.01.2004).

Beschluss (6):

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Einrichtung eines Wertstoffhofs zum 01.01.2003 einzuleiten. Dem Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen ist zum Sachstand fortlaufend zu berichten.

Beschluss (7):

Die Sammlung und der Transport von Abfällen sollen ab dem Jahr 2004 mit den nachfolgend genannten strukturellen Veränderungen durchgeführt werden.

- a.) Einstellung der Sammlung von Sperrgut (Altholz und Restsperrgut), Teppichböden/ Altteppichen bzw. Kühlgeräten, Elektroschrott und Altmetall über Abrufkarten.
Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit karitativen Organisationen oder Dritten ein Alternativmodell für die Sperrgutabfuhr zur Unterstützung interessierter Personenkreise zu entwickeln.
- b.) flächendeckende Einführung der Papiertonne in den Gefäßgrößen 120, 240 sowie auf Wunsch 1.100 Liter, 4-Wochen-Abfuhrhythmus (identisch für den Innen- und Außenbereich)
- c.) Einstellung der
 - 1.) Papiersammlung (Papier, Pappe, Kartonagen) über die Depotcontainer
 - 2.) Unterstützung der karitativen Verbände im Hinblick auf deren Papiersammlungen

Beschluss (8):

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) mit dem Abfuhrunternehmer dahingehend zu verhandeln, dass die Sammlung von Sperrgut sowie Kühlgeräten, Elektroschrott und Altmetall auf Abruf ab dem 01.01.2003 eingestellt wird,
und
- b) die Abrufabfuhr von Teppichböden /Altteppichen ab dem Jahr 2003 nicht mehr durchführen zu lassen.

Ergebnis Beschlussvorschlag (1): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (2): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (3): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (4): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (5): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (6): einstimmig beschlossen

Ergebnis Beschlussvorschlag (7): 9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Ergebnis Beschlussvorschlag (8): 9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Punkt 4 der Tagesordnung
Vorl. 136/2002

Rat

Weitere Verwendung des Pulverturms und der benachbarten Freifläche

Herr Stallmeyer ist der Auffassung, dass die jetzt angedachte Verwendung des Pulverturms nur eine Notlösung darstelle. Die SPD-Fraktion sei nach wie vor der Auffassung, den Pulverturm und die benachbarten Freiflächen zu veräußern, - um wenn auch durch private Initiative - dauerhaft einen Erhalt des Baudenkmals zu gewährleisten.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss berichtet Herr Backes, dass die Bodenrichtwertkarte für das betroffene Grundstück konkret keinen Wert ausweise. Für angrenzende Bereiche seien Werte zwischen 230 und 245, aber auch 270 im Bereich Walkenbrückenstraße festgeschrieben. Ggf. müsse der Gutachterausschuss eine Einzelbewertung vornehmen.

Beschluss (1):

Es wird beschlossen, den Pulverturm dem Heimatverein für Versammlungszwecke und Einrichtung einer Geschäftsstelle unentgeltlich zur Nutzung zu überlassen, wobei die inneren Renovierungskosten zu Lasten des Vereins gehen.

Beschluss (2):

Es wird beschlossen, das benachbarte Gartengrundstück gegen Höchstgebot zum Verkauf öffentlich auszuschreiben. Das beiliegende Konzept für eine Ausschreibungsunterlage soll Grundlage der Ausschreibung werden. Als Mindestpreis ist eine Summe von 245,00 € in die Ausschreibung aufzunehmen. Vom Interessenten sind bei Bewerbung ein Nutzungskonzept, eine Planung und eine Freiflächenplanung vorzulegen. Die Entscheidung soll nach städtebaulichen und gestalterischen Kriterien erfolgen. Unter den Angeboten, die den Kriterien entsprechen, soll der Zuschlag nach Höchstgebot erteilt werden.

Abstimmungsergebnis 10 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Punkt 5 der Tagesordnung
Vorl. 145/2002

UPB

Nutzung des ULF-Parks an der Bernhard-von-Galen-Straße

Beschluss :

Der Anlegung eines Aufenthaltsbereiches im Stadtpark wird zugestimmt, um die Durchsetzung einer Nutzungsbeschränkung für bestimmte Personengruppen im ULF-Park zu ermöglichen ohne Verdrängungseffekte z. B. auf den Marktplatz oder die Fußgängerzone zu erzeugen.

Abstimmungsergebnis 13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

Punkt 6 der Tagesordnung

Anfragen

Frau Grützner fragt nach, ob die in der Versammlung zum Straßenausbau im Baugebiet Nordwest von den Anliegern vorgetragene Vorschläge und Probleme in Bezug auf die Lampenstandorte usw. geklärt worden seien.

Herr Peschkes berichtet, dass die Vorschläge im Wesentlichen abgestimmt werden konnten.

Herr Schoneck fragt nach, ob es möglich sei, in Coesfeld eine Wetterstation des Wetterdienstes Kachelmann/ARD zu bekommen.

Herr Backes teilt mit, dass eine Station des Deutschen Wetterdienstes vorhanden sei.

Herr Schoneck erkundigt sich weiterhin nach dem Sachstand in der Angelegenheit "Fußgängerüberweg Sökelandstraße/Bahnhofstraße " im Bereich der Einmündung Gartenstraße. Die Verwaltung wird die Sache prüfen und in der nächsten Sitzung berichten.

Herr Güldenhöven bittet die Verwaltung, dem Mitarbeiter der Stadt den besonderen Dank der Anlieger für die gute Arbeit im Zusammenhang mit dem Umbau der Baumscheiben an der Karlstraße auszurichten.

Herr Sühling berichtet, dass im Bereich des letzten Teilstücks des Gerlever Weges ein sehr grober Schotter aufgebracht wurde. Der Weg sei nur noch schwer begehbar. Er bittet die Verwaltung, entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Billerbeck aufzunehmen